

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische



Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 276.

Donnerstag, den 24. November 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Anfange des Beschlusses des Reichsausschusses über die Untersuchung bayerischer Strafanstalten droht ein neuer Konflikt zwischen Berlin und München ausbrechen. Der preussische Minister des Innern hat einen Erlass zur Bekämpfung des Verbrechens heraus. Die deutsch-polnischen Verhandlungen werden in Danzig stattfinden. Der Bund der evangelischen Industrie sprach sich für eine Neubewertung der deutschen Rohstoffverpflichtungen aus. Das Revetté-Luftschiffahrtsumern Spanien-Argentinien scheint Wirklichkeit zu werden. Das französische Kollisionsstrafgesetzbuch hat die Empfehlung der anderen Straftatbestände hervorgehoben.

Der deutsche Geist ist unbesiegt. Ein Zeppelinverkehr von Spanien nach Argentinien?

Der Direktor der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft Dr. Goener kam in den letzten Tagen von seiner Studienreise nach Spanien und Argentinien, bei welcher er Untersuchungen über die Möglichkeit einer Luftschiffahrtverbindungen zwischen Spanien und Argentinien anstellte, nach Friedrichshafen zurück. Die Untersuchungen haben ergeben, daß Südspanien sich in hohem Maße als Ausgangspunkt der Luftschiffahrtverbindungen mit Argentinien eignet. Die Meeresspreite, mit etwa 10 000 Kilometer Länge wird in 90 bis 100 Stunden zurückgelegt werden können, also in einem Viertel der bisherigen Fahrzeit, wenn man Luftschiffe von etwa 150 000 Kubikmeter Rauminhalt baut, die eine Geschwindigkeit von 110 bis 120 Kilometer in der Stunde haben. Die Schiffe sollen für 30 bis 40 Passagiere einrichtet werden und außerdem Raum für die notwendige hochwertige Poststoffe enthalten. Die Organisation und die technische Leitung soll in deutschen Händen liegen; das Unternehmen wird jedoch als Ganzes ein rein spanisches sein, wie auch die Mittel durch spanische Mittelstände aufgebracht werden sollen. Der Luftschiffahrt Zeppelin würde beim Aufbruchenden des Unternehmens den Hauptteil seiner Ausrüstung von Friedrichshafen nach Spanien verlegen. Durch diese ganze Organisation wird das Unternehmen dem Antritt der Generte entzogen.

Die Erfassung der Goldwerte.

Das parlamentarische Streifen erklärt unter Berliner Bericht, daß die Sozialdemokraten, auch wenn das Industrieangebot erfüllt haben sollte, ein Viertel der Goldwerte erfassen wollen. Sie hoffen, dadurch die Realwertung in die Lage zu versetzen, auf Grund dieses Viertel der Erfassung der Goldwerte vom Ausland Kredite zu erhalten.

Die Landwirtschaft verhandelt nicht.

Die Landwirtschaft hat es bisher endgültig abgelehnt, mit der Industrie oder der Regierung über eine Anleihe zu verhandeln. Sie wird abwarten, ob das Industrieangebot zur Durchführung kommt und ob das Reich die Mittel der Landwirtschaft kann noch nötig haben wird, um die Zahlungen an den Feindbund zu bewältigen.

Rückwärtig.

Außerhalb erklärt unter Berliner Bericht, an Beherrschter Stelle, daß Deutschland für die ihm bewilligten Kredite des Auslandes unannehmer hohe Zinsen zahlen muß. So weit bekannt ist, müssen für die Kreditbewilligungen der Zahlungen, die am 15. November fällig waren, 10 Proz. Zinsen gezahlt werden.

Eine gewichtige englische Stimme.

Für eine Geldeinstellung der Reparationsverpflichtungen. In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industrie heißt es über die Frage der Behandlung der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in der gegenwärtigen Gestalt undurchführbar ist und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen würde. Bei den jetzigen Wegen werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen. Wir können völlig überleben, daß Deutschland bis zum Jahre seiner Fähigkeit zahlen soll, sind aber der Ansicht, daß um unserer Industrie den geringstmöglichen Schaden anzutun die allseitigen Reparationen und Forderungen hängen sollten, die Wohnbauten abzubauen und neu zu bauen sonar bereit sein sollten, unter

Neue Differenzen zwischen Berlin und München.

Die Untersuchung der Strafanstalten in Niederschönfeld.

Der Bescheid der Untersuchungskommission des Reichsausschusses, ihre Tätigkeit auch auf die bayerischen Strafanstalten in Niederschönfeld auszuweiten, hat in politischen Kreisen Bayerns lebhaften Widerspruch hervorgebracht. Der Reichsausschuss des Landtages hat sich deshalb schon aehren mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Man will durch rechtzeitige Stellungnahme vermeiden, daß zwischen München und Berlin eine Situation entsteht, wie sie im September vorhanden war. Der Ministerpräsident Graf v. Helldorf ist erst kürzlich, der bayerische Gesandte sei beauftragt worden, beim Reichsausschuss und dem Reichsausschuss dringend vor der Ausdehnung der Tätigkeit der Untersuchungskommission auch auf Bayern zu warnen.

Das unschuldige Reichsjustizministerium.

In den Verhandlungen aus München erklärt das Reichsjustizministerium, es habe sich bisher mit der Angelegenheit noch nicht beschäftigt. Vielmehr bezieht die Entscheidung des Untersuchungskomitees nach Bayern ausschließlich auf einen Bescheid des Reichsausschusses, ohne daß das Reichsjustizministerium hierbei in irgendeiner Form mitgewirkt hätte. Eine Stellungnahme des Reichsjustizministeriums zu der Vorfrage ist nicht erfolgt. Die Auffassung des Reichsjustizministeriums kann deshalb auch noch nicht mitgeteilt werden.

Der bayerische Kurier" erklärt heute in einem Leitartikel, daß das bayerische Volk Verlesungen, der Verfassung, wie sie Reichsjustizminister Dr. Radbruch plane, nicht mehr ertragen könne. Wenn das Reich die Verfassung breche, so zerbröckere es damit die Grundlage seiner Existenz. Das Blatt fragt, ob Minister Adenauer die Richtlinien seiner Politik dem Reichsausschuss vorgelegt habe.

Verständigungs der Annahme dieser Minderungen durch Deutschland die diesen angebotene Post zu entscheiden. Wir erwarten ernste und dringende Erwägung unserer Vorkläre.

Die deutschen Wiederaufbauarbeiten in Frankreich

Die Delegation des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete ist am Mittwoch von London zu empfangen worden. Der Sekretär des Reiches erklärte, daß 24 Prozent der Bevölkerung die Anwendung deutscher Arbeitskräfte verlangen. Auzouer erklärte, daß es nicht gegen die Anwendung deutscher Arbeitskräfte einzuwenden habe unter der doppelten Bedingung, daß sie nur für diesen Zweck gebraucht und das Abkommen mit der deutschen Regierung abgeschlossen würde. Er erklärte, daß er in Erwartung der Festlegung dieses Abkommens sich verpflichtet, alle Aufträge nach den zerstörten Ostgebieten der „roten Zone“ 5000 italienische Arbeiter zu entsenden, die dort arbeiten würden, bis die deutschen Arbeitskräfte eintröfen.

Die neuen Garantien Deutschlands.

Die Versicherungs des deutschen Geschäftsträgers in Washington v. Zehmen, daß Deutschland seinen Garantien gegen Frankreich davon zu überzehen, daß es vollkommenhaft ist, hat in Berlin infolgedessen Verwunderung hervorgebracht, als sowohl rechtschreibende, wie linkschreibende Kreise, ausgenommen die kommunisten, davon überzeugt sind, daß Deutschland tatsächlich auf längere Zeit hinaus nicht in der Lage sein kann, einen Krieg zu führen. Nachdem die französische Kontrollkommission nach dem Besuch der ehemaligen Kriegsgefangenen Deutschlands die Überzeugung gewonnen hat, daß auf diese Weise keine neue Garantien zu erwarten sind, beharrt es von deutscher Seite ohne Zweifel keine neuen Versicherungen, daß es den Forderungen der Feinde nachkommen ist.

Maßnahmen gegen den Wucher.

Ein Erlass des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern Severina richtet an die Kreisverwaltungspräsidenten einen Erlass, in dem er es als Pflicht der Polizei bezeichnet, der weiteren wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung entgegenzuwirken und die schamlossten Wucherer und Schieber aus dem Kreise der realen Erzeuger und Händler zu entfernen. Bei Ermittlungen in diesem Geschäft sollen die Beamten möglichst unanfällig einschreiten.

Anzeigenpreis Der Spelt. Millim. Spatrum 50 Pf. und der Spelt. Millim. Restraum 20 Pf. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe in Zahlung genommen. Hefengebühr 75 Pf. Porto besonders. Norm. Anzeigenblatt 11 Lfr. vorm. Fernspr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Die Krisis der Reparationen.

Die Reparationskommission ist wieder abgerufen. Sie hat alle Hoffnungen, die man auf ihr Kommen gesetzt hat, auch die oberflächlichsten, unerfüllt gelassen. Von einer Einigung der Januar- und Februarpartei, von einer Art Moratorium überhaupt ist keine Rede. Deutschland kann zahlen und muß zahlen. Um zu diesem Schluss zu kommen, hätte sie die Reichsregierung sparen können. Der Gehalt solcher Sachverständiger „Prüfungen“, ist seit drei Jahren immer derselbe. Wir müssen also erfüllen, und die Mittel dazu irgendwoher beschaffen. Denn wir haben nicht so viel Goldmark. Wir sind in einem Schreiben die Schwierigkeiten und Gefahren solcher Kreditaktionen der Kommission noch einmal vorgelegt. Umsonst. Ob aber der ausländische Geldmarkt, der besonders in Betracht kommende englische, zu einer Anleiheaktion für die nächsten 500 Millionen Goldmark Neigung hat oder in der Lage ist, scheint nicht fraglich. Ohne eine Garantie der deutschen Industrie wird das Ausland der deutschen Regierung nicht eine einzige Goldmark leihen. Die Industrie hat aber ihre Bedingungen für die Kredithilfe gestellt und hält sie anrecht, denn sie will nicht zu einer Opfer bringen, die weniger ganzen Lage nicht nützen. Die Regierung erklärt, daß sie die Aufnahmefähigkeit der Eisenbahnen selber in eine rechte Industrie für der Regierung und ihren Plänen sein. In der Lage ist die nötigen Goldwerte im Inlande zu erfassen. Das liegt in der Konsequenz ihrer Politik.

Und gelangt es, die nächsten Verpflichtungen im Januar und Februar auch zu erfüllen — auf irgend eine Art — die Erfüllung der späteren Verbindlichkeiten wird uns vor noch verzweifeltere Schwierigkeiten stellen. Bis es eben gar nicht mehr ginge. Und dann? Darum ist jetzt, es es zu spät ist, die Zeit, die ganze Frage der Reparation zur Entscheidung zu bringen. Wir müssen darauf drängen, ehe die Welt und unser Kredit ganz auf den Hund geworfen ist. Und ein Augenblick wie dieser gegenwärtige, kommt nicht wieder. Denn die Entscheidung wird fallen, jezt auf der Konferenz in Washington ist: eine Anleihe ist solange unmöglich, bis Frankreichs „Sicherheit“ garantiert ist und die Reparationsverpflichtungen befriedigt sind. Der „Erlass“ für das nicht eingehaltene Abkommen“ in Gestalt des englisch-amerikanischen Garantievertrags zu seinem Schutze zu erlangen, die Hoffnung hat Frankreich inzwischen getrieben müssen. Die Frage ist, wie weit es sich die Zustimmung Amerikas zu seiner Politik der „Waffen der“ wird haben können. Der Wucher, der es sich durch die Befreiung heiligeren deutschen Gebietes — frisch Ausbrochen — nehmen will, um ein „holperndes“ Deutschland zum Jählen zu erzwängen. Bis jetzt hat England diese Anleihefrage verhindert aus seinem ureigensten Interesse. Wird es sie verhindern können, wenn Deutschland jählungsunfähig sein wird? Frankreichs Politik und die gesamte Verfassung seiner führenden Männer sind weit entfernt von dem Geist einer Revision des Versailles Vertrags und Londoner Abkommens. Denn Deutschland lebt noch und der Rhein ist noch deutsch!

Deutschland steht vor entscheidenden Tagen. Und ein auf Zeit dieser Entscheidung liegt in unserer eigenen Hand. Die Politik des Abwartens ist Politik des Untergangs. Auch das Selbstverständliche muß manchmal ausgedrückt werden: wir müssen nun endlich und ernstlich Ordnung im eigenen Hause schaffen. Das aber heißt: Ordnung in den Finanzen, Ordnung in den Staatsbetrieben, in der Eisenbahn; d. h. gründlichste Unterordnung kommunistischer Forderungen und einer Herrschaft der Straße. Das sind Voraussetzungen, ohne wir auf die Einigkeit und Hilfe Englands und der Welt in der Reparationsfrage rechnen können. Wir müssen Taten, weit hin sichtbar Taten vollbringen, um den inneren Niedergang, der inneren Zersetzung endlich ein Ende zu bereiten. Zum Teil endlich mit offenem Reden und allen Verantwortlichen! Wucherer der Wirtschaft und Forderungen heraus! Denn Wucherer haben wir nicht, außer den Banken und Demuren verarbeiteter Wirtschaftler. Ordnung im Innern! Damit man das deutsche Volk überhaupt wieder in die politische Welt hinein einfließen muß, damit unter offener Hand, die offene Forderung unserer Lage sich durchsetzen kann! Es ist keine Aussicht vorhanden für Frankreich, Amerika zu einer Abänderung für seine Politik der zu erorenden Wucher in Deutschland zu gewinnen. Aber wir dürfen die Wucher dieser Politik nicht allein England überlassen. Unser

